

Protokoll der 13. Sitzung**Dienstag, 30. März 2021, 19.30 - 21.00 Uhr,
im Gemeindesaal**Vorsitz

Markus Notter, Präsident

Protokollführerin

Nicole Keusch, Vize-Gemeindeschreiberin Stv.

Stimmzähler

Irene Egli

Samuel Hasler (Ersatz, Traktanden 1 bis 4)

Fabio Toma (ab Traktandum 5)

Präsenz

Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr liegt bei 19.

Entschuldigt sind Silvan Kaufmann, Ueli Frey, Roman Häusler und Christiane Suter.

Herr Präsident Markus Notter weist zu Beginn der Sitzung nochmals auf die Corona-Regeln hin: Es gilt die allgemeine Maskenpflicht während der ganzen Sitzung. Mit der Unterschrift am Eingang habt ihr bestätigt, dass ihr euch gesund fühlt und keine Symptome aufweist, welche auf eine Coronainfektion hindeuten. Ich gehe davon aus, dass das so eingehalten, geschätzt und respektiert wird. Elena wird mit dem Mikrophonwagen im Saal unterwegs sein. Wer sich zu Wort melden möchte, hebt die Hand, wartet bis das Mikrophon platziert ist und spricht dann mit Maske. Es ist eine spezielle Sitzung, da wir bereits das 18. neue Einwohnerratsmitglied in Pflicht nehmen werden. Ein trauriger Rekord, welcher nachdenklich stimmt, da die Rücktritte teilweise auch gesundheitsbedingt erfolgten. An der letzten Sitzung haben wir eine Schweigeminute eingelegt in Andenken für alle die verstorben sind, ob an Corona oder nicht. Es wurde noch schlimmer. Im Januar waren teilweise 3 Seiten der Zeitungen mit Todesanzeigen gefüllt. Deshalb möchte ich nun nochmals eine Schweigeminute machen, bevor wir uns den Sitzungsgeschäften widmen.

Traktandenliste

1. Inpflichtnahme von Daniel Albrecht, Philippe Gloor und Patrick Rutishauser anstelle der zurückgetretenen Jasmin Maron, Barbara Gurtner und Wolfgang Schibler
2. Wahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle des zurücktretenden Wolfgang Schibler
3. Wahl eines Stimmzählers/einer Stimmzählerin für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle des zurücktretenden Wolfgang Schibler
4. Wahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle der zurücktretenden Rebecca Wetter
5. Revision des Abfallreglements
6. Postulat Werner Schenker, Grüne, betreffend Verschuldung der Gemeinde Buchs AG: Bitte um Stellungnahme des Gemeinderats (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
7. Eingänge
8. Verschiedenes

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

Inpflichtnahme von Daniel Albrecht, Philippe Gloor und Patrick Rutishauser anstelle der zurückgetretenen Jasmin Maron, Barbara Gurtner und Wolfgang Schibler

Daniel Albrecht, Philippe Gloor und Patrick Rutishauser werden anstelle der zurückgetretenen Mitglieder Jasmin Maron, Barbara Gurtner und Wolfgang Schibler vom Ratspräsidenten vorschriftsgemäss in Pflicht genommen.

Wahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle des zurücktretenden Wolfgang Schibler**Wahlvorschlag**

Herr Dieter Stüssi: Ihr kennt Sandra Meier-Jaisli, sie kennt den Ratsbetrieb, sie kennt die Geschäfte. Ich bitte euch, ihr die Stimme zu geben.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	36	
leer und ungültig	3	
gültige Stimmzettel	33	Absolutes Mehr 17

Stimmen haben erhalten:

Sandra Meier-Jaisli 33

Gewählt ist mit 33 Stimmen Sandra Meier-Jaisli.

Wahlannahmeerklärung

Sandra Meier-Jaisli erklärt Annahme der Wahl.

Wahl eines Stimmzählers/einer Stimmzählerin für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle des zurücktretenden Wolfgang Schibler**Wahlvorschlag**

Die SVP schlägt Fabio Toma zur Wahl vor.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	36	
leer und ungültig	2	
gültige Stimmzettel	34	Absolutes Mehr 18

Stimmen haben erhalten:

Fabio Toma	33
Vereinzelte	1

Gewählt ist mit 33 Stimmen Fabio Toma.

Wahlannahmeerklärung

Fabio Toma erklärt Annahme der Wahl.

Wahl eines Mitglieds des Wahlbüros für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/2021 anstelle der zurücktretenden Rebecca Wetter**Wahlvorschlag**

Frau Tatjana Lambrinouidakis: Ich danke Rebecca Wetter an dieser Stelle für ihren Einsatz im Wahlbüro. Sie hat viele Stimmen ausgezählt. Sie war in Buchs wohnhaft und Studentin. Nun ist sie weggezogen. Wir schlagen Vivian Hunziker zur Wahl vor. Sie ist die Tochter eines langjährigen SP-Mitglieds. Sie ist 20 Jahre alt und studiert an der Uni Bern Psychologie und würde dieses Amt gerne ausüben.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	36	
leer und ungültig	0	
gültige Stimmzettel	36	Absolutes Mehr 19

Stimmen haben erhalten:

Vivian Hunziker	36
-----------------	----

Gewählt ist mit 36 Stimmen Vivian Hunziker.

Wahlannahmeerklärung

Vivian Hunziker erklärt schriftlich Annahme der Wahl.

Revision des Abfallreglements

(Botschaft des Gemeinderats vom 23. Februar 2021)

Herr Samuel Hasler, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Das bestehende Abfallreglement ist relativ alt, es stammt aus dem Jahr 1995. In den vergangenen 26 Jahren gab es einige Änderungen, die Reglementierung auf kantonaler Ebene hat geändert, es gab Gesetzesanpassungen und Verordnungsanpassungen. Dazu kam die Entwicklung vorwiegend in der Recyclingbranche. Aufgrund dessen traktandiert der Gemeinderat heute die Anpassung des Abfallreglements auf den heutigen Stand der Dinge. Im grossen Ganzen gibt es viele Anpassungen der Formulierungen, Anpassungen aufgrund der kantonalen Gesetzgebung. Neu gelten Abfälle von Grossunternehmen mit mehr als 250 Vollzeitstellen nicht mehr als Siedlungsabfälle. D. h. die Firmen können ihren Abfall auch anderweitig entsorgen und fallen nicht mehr unter das Entsorgungsmonopol der Gemeinde. Weiter wurden im Bereich Littering und bei der Verbrennung von Abfällen die Begriffe verschärft und genauer definiert. Eine kleine Anpassung ist das Sammelstellenverzeichnis, welches nicht mehr im Gesetz abgebildet ist, sondern nur noch im Abfallkalendar aufgezählt wird. Weiter gibt es ein paar Präzisierungen im Bereich der Hol-Sammlungen. Es handelt sich um schlanke Anpassungen, die FGPK hat das Geschäft zügig besprochen.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden), das revidierte Abfallreglement sei zu genehmigen.

Diskussion

Herr Reto Bianchi: Wir haben ein überarbeitetes Abfallreglement vor uns. Aus meiner Sicht wird fast alles gemacht um die Umwelt, das Gewässer und die geltenden Umweltgesetze einzuhalten. In § 4 wird darauf hingewiesen, dass ressourcenschonend umgegangen werden soll und dass auch Tipps und Tricks bei der Abteilung Bau Planung Umwelt abgeholt werden können. Neu wird das Kompostieren im Garten geregelt. Neu kann der Nachbar Einspruch erheben, wenn etwas bei der Kompostierung auf dem Nachbargrundstück nicht stimmt. Es ist eine moderne, zeitgerechte Überarbeitung. Trotzdem stelle ich einen Änderungsantrag. In Buchs haben wir bekanntlich 2 private Sammelhöfe. Aus meiner Sicht ist es nicht sinnvoll, dass die Gemeinde einen eigenen Sammelhof betreibt. Es muss jemand vor Ort sein, damit nichts abgelagert wird, was nicht hingehört oder um Hilfe bei der korrekten Entsorgung zu leisten. Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Abfälle zur richtigen Entsorgung weitergegeben werden müssen. Wie sieht ein normaler Entsorgungsaltag einer Familie aus? Man lädt die Wertstoffe ins Auto und liefert bei der Entsorgbar oder bei Sommerhalder ab, ist auch bereit etwas dafür zu bezahlen. Danach kann die Familie aber mit einem leeren Auto nach Hause fahren. In einem Fall ist es anders. Hat man Bauschutt oder Keramik und möchte das gratis entsorgen, dann fährt man zum Werkhof beim Bauamt. Ich als liberal denkender Politiker frage mich, ob wir das nicht einem Privaten konzessioniert übergeben könnten, damit er das für uns macht. Ich weiss nicht, wie viel Geld wir dabei sparen würden. Ich könnte mir aber vorstellen, dass hier einiges gemacht werden könnte. Es gibt Bundesgerichtsentscheide, welche sagen, dass Private einbezogen werden dürfen. Deshalb lege ich euch den Abänderungsantrag für § 24 und § 25 vor.

Änderungsantrag von Reto Bianchi, glp

§ 24

- 1 Die Gemeinde bietet für verschiedene Separatabfälle (wie Glas, Metalle, Textilien, aus Haushaltungen stammende Kleinmengen von Steinen, Geschirr, Keramik, Ziegelsteinen oder Betonbruchstücken usw.) keinen eigenen Sammelhof an. Dies wird an eine oder mehrere konzessionierte, private Sammelstelle(n) auf dem Gemeindegebiet von Buchs übertragen. Sie informiert darüber im Abfallkalender und/oder in anderen offiziellen Publikationsorganen der Gemeinde. Die anderen Sammelstellen werden weiter von der Gemeinde betreut und unterhalten.
- 2 Der Gemeinderat kann nach den neuesten ökologischen und ökonomischen Erkenntnissen das Angebot bei den Sammelstellen ergänzen oder reduzieren und über die Homepage der Gemeinde die Bevölkerung informieren.
- 3 Abfälle aus Unternehmen werden nur im Umfang (Menge) entsprechender Abfälle aus den Haushaltungen angenommen.

§ 25

- 1 Der Unterhalt der Sammelstellen obliegt der Gemeinde und den konzessionierten(n), Sammelhof(en), die auf dem Gemeindegebiet Buchs ihre Sammelstellen haben und betreiben.
- 2 Die Öffnungs- und Benützungzeiten werden vom Gemeinderat verbindlich festgelegt und im Abfallkalender und/oder in anderen offiziellen Publikationsorganen bekanntgegeben. Es werden Öffnungszeiten auch berufstätige Bürger*innen angestrebt.
- 3 Die Abfälle sind entsprechend der Angaben bei der Sammelstelle oder dem Sammelhof abzugeben.

Herr Samuel Hasler: Ich bin auch ein liberal denkender Politiker. Reto's Vorschlag im Abfallwesen eine Privatisierung oder Liberalisierung anzustreben, finde ich im Grundsatz unterstützenswert. Ich frage mich, welche Folgen das hat. Wir kennen die Kostenfolgen noch nicht. Wir wissen nicht, welche Auswirkungen dies z. B. auf die Entsorgung von Bauschutt oder andere Güter hat. Gibt es z. B. bei der Entsorgung von Öl ab einer gewissen Menge eine Gebühr? Wie soll die Konzessionierung gemacht werden? Die Abteilung Bau Planung Umwelt hat mir diesbezüglich die Auskunft gegeben, dass eine Ausschreibung nötig wäre. Es gibt also noch viele offenen Fragen. Bevor wir entscheiden, ob wir weiterhin eine eigene Sammelstelle führen wollen oder ob dies privatisiert werden soll, brauchen wir Fakten. Im Vergleich zum Kehrichtfahrzeug haben wir keine Eile. Daher stelle ich folgenden Rückweisungsantrag.

Rückweisungsantrag von Samuel Hasler, SVP

Es steht die Frage im Raum, ob es notwendig sei, dass die Gemeinde Buchs eine eigene Sammelstelle betreibt. Bereits heute gibt es in Buchs zwei private Unternehmen, welche die verschiedensten Stoffe entgegennimmt. Benötigen wir die dritte, staatliche Sammelstelle?

Die Variante einer Privatisierung, dass die Gemeinde den Betrieb einer Sammelstelle einem privaten Unternehmen zur Konzession vergibt, sei genau zu prüfen, unter anderem:

- Ist eine solche Konzessionierung günstiger, als der Eigenbetrieb?
- Welche Schritte müssten für eine Konzessionierung eingeleitet werden?
- Können dadurch die Abfallgebühren gesenkt werden?
- Wie sieht es mit den Entsorgungskosten weiterer Wertstoffe (z. B. Öl) aus?
- Welche personellen Auswirkungen würde eine Konzessionierung haben?
- Welche rechtlichen Aspekte müssen hierzu geprüft werden?
- Welche Auswirkungen hätte es für die Buchser Bevölkerung und Unternehmen?

Ich bitte den Gemeinderat, diese Punkte genau zu prüfen und dem Einwohnerrat zu präsentieren, damit dieser über das neue Abfallreglement entscheiden kann.

Herr Thomas Meier: Ich teile die Meinung von Samuel. Ich bin auch der Meinung, dass wir genau wissen müssen, wie hier vorzugehen ist, damit wir alle rechtlichen Rahmenbedingungen einhalten. Ich glaube aber, dass das Abfallreglement abgesehen von der Auslagerung der Sammelstelle unbestritten ist. Daher schlage ich vor, nicht das ganze Reglement zurückzuweisen, sondern dass Reto einen Vorstoss macht und diese Fragen dem Gemeinderat zur Abklärung gibt, damit die Auslagerung allenfalls in einer Teilrevision geändert werden könnte. Daher bin ich gegen den Rückweisungsantrag.

Herr Beat Spiess: Ich bin immer noch für die ursprüngliche Vorlage. Aktuell haben wir zwei Sammelhöfe auf dem Gemeindegebiet. Es ist nicht gegeben, dass diese Sammelhöfe garantiert bestehen bleiben, solange wie das Abfallreglement gilt. Ich finde es deshalb nicht gut, zu definieren, dass die Sammelhöfe auf dem Gemeindegebiet sein müssen. Es ist fraglich, ob die Publikation auf der Homepage der Gemeinde zulässig ist. Wir haben bestehend noch andere Publikationsorgane neben der Homepage, solche die verbindlich sind.

Herr Martin Gysi: In § 24 steht, dass die Gemeinde Sammelstellen anbieten muss, nicht aber, dass sie diese selber betreiben muss. Ich denke das vorliegende Reglement bietet den Spielraum um das Ganze in die eine oder andere Richtung umzusetzen. Ich bin der Meinung, dass man dem Gemeinderat diesen Handlungsspielraum lassen und dies nicht im Reglement regeln sollte. Es liegt auf der Hand, dass in der jetzigen Situation ein eigener Sammelhof der Gemeinde wahrscheinlich keinen Sinn macht. Ich würde das aber nicht im Gesetz niederschreiben. Deshalb bin ich gegen den Rückweisungsantrag und für das vorliegende Reglement. Aber eben, die Möglichkeit in diese Richtung zu gehen besteht, der Gemeinderat sollte das aber in Eigenregie machen.

Herr Joel Blunier: Ich finde die Überlegung von Reto richtig. Man sollte sich überlegen, was die Aufgaben der Gemeinde sind. Der Antrag hat aber Widersprüche in sich. So könnte ich ihn nicht annehmen. Ich habe mir überlegt, ob eine kann-Formulierung helfen würde. Wie Martin bin ich auch der Meinung, dass der Gemeinderat diesen Spielraum mit dem vorliegenden Reglement bereits hat und entscheiden kann, in welcher Form und in welchem Ausmass Sammelstellen angeboten werden. Formulieren wir aber, dass die Gemeinde keine Sammelstelle anbietet und die Privaten dann verschwinden, haben wir ein Problem. Daher finde ich das vorliegende Reglement ausreichend. Sollten wir später merken, dass wir ein Überangebot haben, kann das Reglement immer noch angepasst werden.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Das vorliegende Geschäft gehört eigentlich ins Ressort von Walter Wyler. Da es sich um rechtliche Fragen handelt, spreche ich nun. Gemäss § 6 Abs. 5 gilt "Die Gemeinde kann zur Lösung ihrer Aufgaben mit anderen Gemeinden oder mit einem Verband zusammenarbeiten und die Ausführung ihrer Aufgaben ganz oder teilweise Privaten, einer Kommission, einem Verband oder einer anderen Körperschaft übertragen..." Wir haben die Möglichkeit, diese Aufgaben an Private zu übertragen. Es ist im vorliegenden Reglement also festgehalten. Es heisst, dass wir Sammelstellen anbieten müssen. Wir sind gemäss kantonalem Gesetz verpflichtet, dies anzubieten. Joel hat es vorhin bereits erwähnt. Wir wissen nicht, ob die beiden Betriebe in Buchs bereit sind, alle Wertstoffe entgegenzunehmen. Das müsste abgeklärt werden. Formulieren wir nun, dass die Gemeinde keine Sammelstellen anbieten darf, was wäre dann, wenn die bestehenden Betriebe diese Sammlungen nicht anbieten möchten? Dürften wir dann trotzdem eine eigene Sammelstelle anbieten? Nach Reglement nicht. Richtig wurde auch gesagt, dass wir bei einer Auslagerung eine Ausschreibung machen müssten. Der Wert der Leistung müsste bestimmt werden, um die Art der Ausschreibung zu bestimmen. Möglicherweise wäre eine Ausschreibung im offenen Verfahren erforderlich. Dann könnte auch ein Betrieb z. B. aus Olten oder Lenzburg die Ausschreibung für sich entscheiden. Natürlich könnt ihr uns mit einer Motion oder einem Postulat den Auftrag zur

Prüfung geben. Ich sage euch aber, der Gemeinderat möchte das aktuell nicht prüfen. Wir möchten der Buchser Bevölkerung im Moment das unentgeltliche Angebot zur Verfügung stellen. Wir wollen auch nicht, dass Unterschriften gesammelt werden müssen wie in Küttigen, weil der Gemeinderat beschlossen hat die Sammelstellen aufzuheben. Das ist die aktuelle Haltung des Gemeinderats. Wir sind aber gerne bereit andere Möglichkeiten zu prüfen. Das Reglement muss deshalb nicht geändert werden. Deshalb bitte ich euch das vorliegende Reglement zu genehmigen.

Herr Reto Fischer: Ich habe eine pragmatische Sicht auf die Dinge. Am Samstagnachmittag bei der Sammelstelle in Hunzenschwil oder in der Entsorgbar: Die Leute stehen für die Entsorgung und Bezahlung an. Wir wissen in der heutigen Zeit, dass eine Entsorgungsgebühr bezahlt werden muss. Mir stellt sich die Frage, ob dies für die Gemeinde Buchs rentabel ist. Ist es für Buchs eine Einnahmequelle? Offenbar nicht, da es sich um ein unentgeltliches Angebot handelt. Die Gemeinde Buchs muss die Wertstoffe bei Dritten entsorgen. Dafür bezahlen wir. Entsorgen in der heutigen Zeit ist nicht mehr gratis. Wenn die Leute schon bereit sind in die Entsorgungsstelle zu fahren und etwas dafür zu bezahlen, weshalb sollen wir ihnen dann noch ein Gratis-Angebot anbieten? Für mich geht die Rechnung nicht auf. Deshalb bin ich dafür, die Sache nochmals zu überdenken.

Frau Barbara Fäh: Wir müssen unterscheiden: Viele Forderungen gehen in eine Überarbeitung des Abfallkonzepts und nicht des Abfallreglements. Das Reglement ist die Gesetzesbasis und bildet ab, wie wir etwas handhaben wollen. Daher denke ich ein Antrag zur Überarbeitung des Abfallkonzepts wäre richtig. Nicht aber der gesetzliche Rahmen. Das wäre wie wenn die Verfassung geändert würde. Wir Grünen verstehen die Ideen, aber finden den Ort im Reglement nicht passend. Wir haben auch ein neues Parkregime, welches dann im Reglement abgebildet wurde.

Herr Samuel Hasler: Vielen Dank für die spannende und interessante Diskussion. Ich finde den Weg via Postulat nun doch besser, **deshalb ziehe ich meinen Rückweisungsantrag zurück.**

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wir haben den Abänderungsantrag von Reto Bianchi rechtlich abklären lassen. Ihr könnt diesen in der vorliegenden Form nicht beschliessen, da er dem Gesetz widerspricht.

Herr Reto Bianchi: Ich bin nach wie vor der Meinung, dass das bei Privaten in guten Händen ist. Ein Geschäft dieser Grösse in einem Monat verarbeiten und begreifen zu können, sich Überlegungen dazu zu machen, finde ich zu knapp. Daher finde ich es richtig, auch in einem späteren Zeitpunkt eine solche Diskussion führen zu dürfen. Ich wandle mein Abänderungsantrag in ein Postulat um. Ich bitte den Gemeinderat zu prüfen, was die Bedingungen für eine entsprechende Auslagerung wären. Er soll uns auch die entscheidenden Schritte aufzeigen, sodass wir anschliessend darüber befinden können. **Den Änderungsantrag ziehe ich deshalb zurück.**

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Zur Anzahl Sammelstellen möchte ich noch etwas sagen. Die Sammelstelle bei der Post wurde vor ein paar Jahren neu gemacht, ein Tiefensammelsystem, bequem zum Entsorgen und ordentlich. Dies nun wieder über den Haufen zu schmeissen, wäre auch etwas unsinnig. Was wir uns aber immer wieder überlegen ist, ob die Sammelstelle hier beim Gemeindesaal noch Sinn macht. Es gibt viel Unordnung bei dieser Sammelstelle. Beliebt ist aber die Sammelstelle beim Werkhof, wo auch Bauschutt abgegeben werden kann - dieser kann übrigens auch bei den privaten Sammelhöfen gegen Bezahlung abgegeben werden. Ich möchte beliebt machen, diese Übung wegzulassen. Mit den Abänderungsmöglichkeiten, welche der Gemeinderat hat, prüft er die Sammelstellen auch immer wieder. So kann auch geprüft werden, wie die Bevölkerung auf Änderungen reagiert. Ich mache beliebt, dass wir unsere Praxis beibehalten.

Antrag

Das revidierte Abfallreglement sei zu genehmigen.

Abstimmung

Das revidierte Abfallreglement wird einstimmig mit 36 : 0 Stimmen genehmigt.

Postulat Werner Schenker, Grüne, betreffend Verschuldung der Gemeinde Buchs AG: Bitte um Stellungnahme des Gemeinderats

Herr Werner Schenker reichte am 8. Dezember 2020 das Postulat betreffend Verschuldung der Gemeinde Buchs AG: Bitte um Stellungnahme des Gemeinderats ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, zu dieser Situation Stellung zu nehmen und seine langfristige Finanzstrategie darzulegen:

- Wie beurteilt der Gemeinderat diese Situation?
- Ist der Gemeinderat bereit, konkrete Massnahmen gegen diese Verschuldung zu ergreifen?
- Welche Massnahmen hat der Gemeinderat bislang getroffen, um die drohende Verschuldung in Grenzen zu halten. Wie beurteilt der Gemeinderat die Wirkung dieser Massnahmen?
- Wie will der Gemeinderat zukünftig Buchs auch für finanzstarke Private oder Firmen attraktiver machen?
- Welche konkreten Massnahmen sind für die Zukunft geplant oder in Diskussion und welche versprechen Erfolg?
- Wie stellt sich der Gemeinderat zu einer möglichen Erhöhung des Steuerfusses?
- In welcher Form informiert der Gemeinderat die Bevölkerung zur zu erwartenden Situation und wie will er Verständnis für allfällige Massnahmen schaffen?

Diskussion

Herr Marius Fedeli: Die SP-Fraktion möchte die Wichtigkeit des Postulats unterstreichen. Bereits bei der Debatte zum Budget 2020 haben wir festgestellt, dass die Stimmbürger vermutlich keine Gemeinde wollen, welche nur das allernötigste macht und keinen Spielraum für die eigene Gestaltung mehr hat. Die Pro-Kopf-Verschuldung unserer Gemeinde ist über die Jahre angestiegen, die Gemeinde hat aber am tiefen Steuerfuss festgehalten, trotz den absehbaren Investitionen. Für uns zeugt das von einer zu kurzfristigen Finanzplanung. Andererseits zeigt dies auch, dass unsere Gemeinde Investitionen stemmen musste, welche nicht voraussehbar waren. Die Gemeinde ist weiterhin auf Sparkurs und erfüllt die wichtigsten Aufgaben. Mit den aktuellen Finanzen unserer Gemeinde ist sparen fast nicht möglich, das wissen wir alle. Wenn es so weitergeht, müssen wir den Steuerfuss unumgänglich erhöhen. Trotzdem sollten wir schauen, dass wir die Zukunft der Gemeinde nicht aussen vorlassen, sondern darin investieren. Es fehlt der Gemeinde an wichtigen Strategien um Firmen und Familien anzuziehen. Genau diese Strategien werden aber benötigt, um finanzstarke Zuzüge von Privatpersonen und Firmen zu ermöglichen.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Abstimmung

Das Postulat wird dem Gemeinderat einstimmig mit 36 : 0 Stimmen überwiesen.

Eingänge***Postulat von Denise Zeller Xenaki, die Mitte, betreffend Überprüfung der Schulwegsicherheit in Buchs***

Frau Denise Zeller Xenaki reicht folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat Buchs wird gebeten die Gesamtsituation der Schulwegsicherheit in Buchs überprüfen zu lassen und ein Konzept für eine zeitgemässe und optimale Schulwegsicherheit in Buchs auszuarbeiten.

Unter anderem soll abgeklärt werden ob die Möglichkeit einer besseren Signalisation beim Schulhaus Risiacher an der Lenzburgerstrasse mittels einer Strassenmarkierung "Schule", oder Signaltafeln Schulweg/Schule besteht oder eine elektromechanische Wechsel-Signalisation oder weitere verkehrsberuhigende Massnahmen zielführend wären. Vielleicht wären auch in gewissen Bereichen Lichtsignalanlagen sinnvoll.

Begründung

Sichere Schulwege sind für Eltern und Schulkinder wichtig und ein grosses Anliegen. Es ist die Aufgabe einer Gemeinde für sichere Schulwege und die Verkehrssicherheit zu sorgen. Auch ältere Menschen profitieren von einer hohen Sicherheit beim Überqueren der Strassen.

In Buchs wird dies durch einen Lotsendienst unterstützt. Er wird an 3 Standorten eingesetzt und wird von Einwohnern aus Buchs für eine geringe Entschädigung übernommen. Diese Art der Verkehrsregelung ist personalintensiv und kann nicht flächendeckend und nur zeitlich begrenzt angeboten werden. Somit entsteht eine gewisse Unausgeglichenheit in der Sicherheitssituation auf den verschiedenen Schulwegen. Auch wird es immer schwieriger, genügend Personen für den Lotsendienst zu finden.

Z. B. im Bereich des neuen Schulhauses Risiacher und auf der Lenzburgerstrasse ist kaum ersichtlich, dass sich ganz in der Nähe eine Schule befindet. In Zukunft werden dort noch mehr Kinder im Bereich Lenzburgerstrasse unterwegs sein, da das neue Schulhaus über 16 Abteilungen verfügt. Aus diesen Gründen bitte ich den Gemeinderat die Gesamtsituation der Schulwegsicherheit in Buchs überprüfen zu lassen und ein zeitgemässes Konzept für eine optimale Schulwegsicherheit in Buchs auszuarbeiten.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Postulat von Marius Fedeli, SP, betreffend Regionales Naturnetz im Raum Aarau**

Herr Marius Fedeli reicht folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten,

1. ein Gespräch mit allen Aarau-Regio-Gemeinden über ein gemeinsames regionales Biodiversitätsnetzwerk zu eröffnen, und
2. sich für den Zusammenschluss zu einem möglichst weitreichenden Netzwerk nach Vorbild des Naturnetz Pfannenstil einzusetzen.

Begründung

Die Abteilung Bau Planung und Umwelt in Buchs leistet gute Arbeit. Angesichts ihres grossen und komplexen Aufgabenbereichs hinsichtlich Umwelt kann davon ausgegangen werden, dass die Abteilung unterbesetzt ist. Eine Umweltfachstelle (mit Fokus auf Biodiversität) existiert nicht, viele Pflege- und Unterhaltmassnahmen werden von Vereinen, Kommissionen und Freiwilligen gestemmt oder unterstützt.

In den letzten beiden Jahrzehnten haben sich an mehreren Orten in der Schweiz Regionen zusammengeschlossen, um ihre Naturwerte gemeinsam zu bewahren und wieder zu vernetzen. Das Naturnetz Pfannenstil (seit 2003) ist der älteste und bekannteste dieser Zusammenschlüsse, aber auch in den vierzehn Regionalen Naturparks wurde eine gemeinsame Naturforderung nun schon jahrelang erprobt - mit einem etwas anderen Modell, aber ebenfalls mit Erfolg. Das Denken über Gemeindegrenzen hinaus lohnt sich in diesem Bereich besonders. Der Jurapark Aargau konnte beispielsweise mit der Schaffung Dutzender kleiner Tümpel Vernetzungslinien für Amphibien ziehen, die Lebensräume im ganzen Aargauer Jura miteinander verbinden. Das Naturnetz Pfannenstil wiederum hat ein Instrumentarium für Naturförderung in Gemeinden jeder Grösse entwickelt, das nun schweizweit als Vorbildprojekt gilt. Das sind Aufgaben, die eine einzelne Gemeinde kaum wahrnehmen kann, selbst wenn sie dies will. Eine Region hingegen schafft sowas.

Das Prinzip ist einfach: Wenn zehn Gemeinden im Schnitt je zwanzig Stellenprozent für Naturförderung einsetzen wollen, dann sind sie gut beraten, sie zu zwei Vollzeitstellen zusammenzulegen, die sich mit ihrer ganzen Energie für dieses Thema einsetzen können. Sonst bleibt Naturförderung eine von vielen Aufgaben einzelner Angestellter, die sich nie im selben Mass darum kümmern können. Mit dem Naturama steht bereits die perfekte Institution in Aarau, an die man ein regionales Naturnetz angliedern könnte. Gemäss Abklärungen der Motionär*Innen hat das Naturama grundsätzlich Interesse an einem Auftrag und die nötigen personellen Ressourcen und die benötigten Fachkompetenzen sind vorhanden.

Ein weiterer überzeugender Aspekt des Naturnetz-Konzepts ist, dass zwar die ausführenden Stellen zusammengelegt und professionalisiert werden, nicht aber die politischen Aufsichtsgremien. Die kommunalen Umwelt- und Heimatschutzkommissionen bleiben bestehen und können weiterhin jene Vorhaben mitsteuern, die ihr Gemeindegebiet betreffen. Im Gegensatz zu einer Kreisschule oder einer Regionalpolizei stellt ein Naturnetz einen sehr kleinen Eingriff in die Gemeindeautonomie dar.

Der Zeitpunkt für einen Zusammenschluss ist genau der richtige. Einerseits ist das Naturnetz-Konzept soweit gediehen und so gut dokumentiert, dass es relativ leicht übertragen werden kann und bereits erste

Nachahmer findet. Das Knonauer Amt baut derzeit sein eigenes Naturnetz auf, und mehrere andere Regionen ziehen diesen Schritt in Erwägung. Zweitens ist nun klar, dass die regionale Zusammenarbeit auch nach dem Scheitern des Zukunftsraums wichtig bleiben wird. Die wichtigsten Naturräume der Region - die Aare-Auen, die Wälder und das Kulturland am Jurasüdfuss, die Quellmatte und das Roggenhausentäli - werden auf absehbare Zeit alle in Grenzgebieten liegen. Eine Betreuung auf regionaler Ebene wäre hier deutlich sinnvoller als der Status quo. Die Gemeinde Buchs kann leider noch kein eigenes Biodiversitäts- oder Neophytenbekämpfungskonzept aufweisen. Mit gebündelten Ressourcen wären die Erstellung dieser Konzepte für eine ganze Region um ein Vielfaches einfacher. Das Biodiversitätskonzept der Stadt Aarau könnte hierbei als Referenzprojekt dienen.

Selbstverständlich bringt ein solcher Systemwechsel gewisse Initialkosten mit sich. Mittel- bis langfristig wird er sich aber finanziell lohnen, da mit demselben Budget deutlich mehr erreicht werden kann als bisher, insbesondere in den Aussengemeinden. Ein Naturnetz kann sich beispielsweise einen besseren Überblick über kantonale, nationale und private Fördermittel verschaffen, so dass seine Projekte weniger kommunale Gelder benötigen. Ebenso verfügt über die Ressourcen, sich regelmässig mit anderen Institutionen auszutauschen und erfolgreiche Projekte direkt zu übernehmen.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge***Postulat von Reto Bianchi, glp, betreffend Sammelstellen***

Herr Reto Bianchi reicht folgendes Postulat ein:

Da wir in Buchs zwei Sammelhöfe (Recycling-Höfe) von Privaten haben, ist es wenig sinnvoll einen eigenen Sammelhof für Separat- & Wertstoffabfälle zu führen und zu unterhalten. Der Einbezug von privaten Anbietern in die Aufgabe der Sammlung von den erwähnten Abfällen entlastet die Ausgaben von Buchs und kann durch einen oder mehrere konzessionierte(n), private Anbieter gewährleistet werden.

Antrag

Der Gemeinderat soll prüfen, wie die Bedingungen wären für eine Auslagerung und er soll die erforderlichen Schritte (Reglements Änderung, Offerten/Ausschreibungen etc..) in die Wege leiten und dann den einen Antrag an den Einwohnerrat stellen.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Motion von Marius Fedeli, SP, betreffend Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees**

Herr Marius Fedeli reicht folgende Motion ein:

Antrag

Der Gemeinderat von Buchs wird gebeten, ein Reglement für transparente Politikfinanzierung vorzuschlagen. Das Reglement soll mindestens folgende Aspekte umfassen:

- Gesetzliche Grundlage für eine Offenlegungspflicht aller grösseren Beiträge, sowie der Summe der finanziellen Beiträge und aller grösseren geldwerten Leistungen an politische Parteien, Kampagnenkomitees, persönliche Wahlkomitees und sonstige Organisationen, die sich an kommunalen Abstimmungs- und Wahlkämpfen beteiligen. Zu den finanziellen Beiträgen zählen insbesondere Spenden und sonstige Zuwendungen.
- Im Reglement werden Schwellenwerte pro Abstimmung/Wahl und pro Jahr summierten finanziellen Zuwendungen und geldwerten Leistungen, sowohl von juristischen als auch von natürlichen Personen, festgelegt, ab welchen eine Offenlegungspflicht gilt. Die Annahme von anonymen Spenden ist verboten.
- Es soll im Reglement der Zeitraum und die Frist für die Offenlegungspflicht vor dem jeweiligen Urnengang festgelegt werden.
- Im Reglement sollen zweckmässige und zudem möglichst unbürokratische Regelungen zur Überprüfung der Offenlegungspflicht festgeschrieben werden.
- Ebenfalls im Reglement festgehalten werden, soll eine Regelung zur Sanktionierung von Verletzungen der Offenlegungspflicht.

Ziel der Offenlegungspflicht ist eine möglichst hohe Transparenz, nicht aber eine Offenlegungspflicht für Klein- und Kleinstbeträge, da dies mit einem unnötigen Aufwand verbunden wäre und für die Problematik potenzieller Beeinflussung wenig relevant ist. Es ist nicht das Ziel dieser Motion die Identität aller Kleinspender*innen offenzulegen. Es wird mit dieser Motion keine feste Schwelle festgelegt, sondern der Gemeinderat wird beauftragt, selber eine Schwelle im Reglement vorzuschlagen, die der Grösse der Gemeinde Buchs und dem Budget der jeweiligen Wahlkämpfe gerecht wird. Der Gemeinderat kann sich dabei an den Schwellenwerten anderer Kantone und Städte (wie beispielweise der Stadt Bern oder dem Kanton Schaffhausen, dem Kanton Fribourg oder dem Kanton Schwyz) orientieren.

Begründung

Das öffentliche Interesse an Fragen der Politikfinanzierung hat in letzter Zeit und mit den immer teurer werdenden Wahlkämpfen und Kampagnen stark zugenommen. Repräsentative Umfragen aus den Jahren 2000, 2007, 2012 und 2016 zeigen: Zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung wollen mehr Transparenz in der Politik. Die Schweiz ist bis heute eines der wenigen Länder in Europa, das bezüglich Offenlegung der Politikfinanzierung derart schwache Regeln kennt und internationale Standards nicht erfüllt. Obwohl die mangelnde Transparenz von Organisation wie Transparency International und auch der GRECO (Staatengruppe gegen Korruption) mehrfach kritisiert wurde, ist auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene lange nichts geschehen. Die Einreichung der nationalen Transparenzinitiative und insbesondere der Erfolg der Volksinitiativen in den Kantonen Fribourg (2018), Schwyz (2018) und Schaffhausen (2020) demonstrieren das erhöhte Interesse der Bevölkerung an der Transparenz der Politikfinanzierung.

Mit der überdeutlichen Annahme von Transparenzbestimmungen durch die Stimmbürger*innen der Stadt Bern (2020) nun auch in der Kommunalpolitik. Bürger*innen, die wählen und abstimmen, haben ein Recht zu erfahren, welche finanzstarken Lobbys und Personen hinter einer Wahl- oder Abstimmungskampagne stehen. Eine transparente Politikfinanzierung stärkt die Demokratie und erhöht die Glaubwürdigkeit von Parteien, Politiker*innen und demokratischen Institutionen. Diese Transparenz schafft Vertrauen, und die Demokratie wird dadurch gestärkt.

Diese Motion lehnt sich an ähnliche Motionen in den Städten Baden und Aarau an.

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Anfrage von Reto Binachi, glp, betreffend Schulraumplanung der kommenden Jahre**

Herr Reto Bianchi reicht folgende Anfrage ein:

Im Hinblick auf die Schulraumplanung der kommenden Jahre stelle ich folgende Anfrage:

Der im Jahr 2018 abgeschlossene Mietvertrag mit der Gemeinde Küttigen für das Schulhaus Stock (rund 110 Schüler in der Oberstufe) kann per Ende Schuljahr 23/24 gekündigt werden, also bereits in 3 Jahren. Spätestens Ende Schuljahr 2026/27 kommt der Mietvertrag zu einem Ende.

Der Vertrag mit der Gemeinde Küttigen läuft hingegen fix bis Ende Schuljahr 2026/27. Kündet Küttigen den Mietvertrag vor dem 31. März 2022, so müsste die KSAB die aktuell im Schulhaus Stock angesiedelten 6 Abteilungen sehr kurzfristig anderweitig unterbringen.

Bekanntlich ist bereits heute der Schulraum knapp, sowohl im Verbandsgebiet der KSAB, wie auch in Küttigen. Insbesondere in Küttigen herrscht rege Bautätigkeit, so dass die Knappheit eher zunehmen wird. Der Gemeindeammann von Küttigen hat im AZ Interview bei einer entsprechenden Frage bereits durchblicken lassen, dass die Gemeinde sich der Tatsache bewusst ist und eine vorzeitige Kündigung eine Option wäre.

Das führt mich zu folgenden Fragen:

1. Ist sich der Gemeinderat dieser Tatsachen bewusst?
2. Wurde das Gespräch via Kreisschulrat mit der Gemeinde Küttigen bereits gesucht, um die Absichten ausfindig zu machen? Falls ja: Was war das Ergebnis des Gesprächs?
3. Welche Eventualplanungen wurde vom Gemeinderat gemacht? Bitte im Detail erläutern.
4. Wie ist die strategische Schulraumplanung der kommenden 10 Jahre inkl. Standorten? Gewünscht ist eine Jahresscharfe Darstellung inklusive anstehender grösserer Sanierungen, welche die Nutzung vorübergehend deutlich einschränken und Neubauten.
5. Wie ist der Zeitplan für Neubauten und Erweiterungen (Detailliert je Neubau oder Erweiterung)?
6. Eine Kündigung von Küttigen hätte für Buchs eine direkte Folge, falls wir diese Anzahl Schüler*Innen in unserer Gemeinde "aufnehmen" müssen, mit wie vielen Schüler*innen wird in einem solchen Fall gerechnet?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Mit der Kreisschule haben wir einen Verband. D. h. die Schüler- und Lehrerzahlen sowie die Schulraummöglichkeiten sind der Schule bekannt und werden von der Schule gemanagt. Die Schule bestellt bei der Gemeinde nach Bedarf zusätzlichen Schulraum. Ich weiss aus den intensiven Diskussionen der letzten 1 ½ Jahre - aus dem sogenannten Koordinationsgremium - dass konkrete Zahlen vorhanden sind, was eine Kindergartenklasse für Räumlichkeiten braucht. Dies wird für die Planung pro Klasse benötigt. Ich versuche auf die Fragen von Reto Bianchi einzugehen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass der Gemeinderat Küttigen solche Äusserungen gemacht hat. Ich war am Anfang, vor der neuen Kreisschule, bei den Verhandlungen dabei. Der Vertrag wurde mit der Schulpflege abgeschlossen. Die Gemeinde ist in keine Art und Weise involviert, da sie nicht Vertragspartnerin ist. Das

heisst, dass wir keine Gespräche führen müssen. Dies macht die Schulpflege. Soweit ich weiss ist sie dran. Eventualplanungen werden auch nicht durch uns gemacht, da wir die Zahlen von der Schule erhalten und der Bedarf von der Schule abgeklärt wird. Das Koordinationsgremium ist intensiv daran die Oberstufenplanung anzugehen. Der nächste Schritt sind Zyklus 1 und 2 des Lehrplans²¹. Die nachfolgenden Fragen zur strategischen Schulraumplanung sind intensiv im Gespräch, aber es kann noch nichts konkret gesagt werden - es ist noch nicht spruchreif. Sprechen wir über die Standorte, z. B. Telli. Aarau sagt, dass dort ein Oberstufenschulhaus gebaut werden könnte. Es gibt vertragliche Verbindlichkeiten, es muss abgeklärt werden, ob dort gebaut werden darf. Es hat noch ein Hallenbad etc. Es sind schwierige Gespräche, sie sind langwierig, da verschiedene Partner involviert sind. Es braucht deshalb seine Zeit. Ich verstehe die Ungeduld, auch aus finanzieller Sicht. Wir brauchen aber noch Zeit. Auch der Kanton ist noch involviert, dort wiederum verschiedene Stellen, es handelt sich um ein komplexes System. Ich würde auch gerne einen schnelleren Zug fahren, wir müssen aber auf alle Partner und Player Rücksicht nehmen, die bei diesen Fragestellungen involviert sind. Sobald wir Resultate haben, präsentieren wir diese auch. Aktuell sind wir aber einfach noch nicht so weit. Aber wir kommen von Tag zu Tag näher an eine Lösung heran. Grundsätzlich zur letzten Frage betreffend Schüler von Küttigen. Die Schule entscheidet schlussendlich wer wo zur Schule geht. Es ist möglich, dass Küttiger Schüler in Buchs oder Aarau zur Schule gehen. Mit der Zuteilung haben wir nichts zu tun, das ist Aufgabe der Schulpflege. Diese Fragen können auch der Kreisschulpflege gestellt werden, aber auch diese wird momentan nicht viel mehr dazu sagen können.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Thomas Meier, SP, betreffend Kindergartenabteilung im Alten Schulhaus**

Herr Thomas Meier reicht folgende Anfrage ein:

- Seit wann war es absehbar, dass es in Buchs ab dem kommenden Schuljahr eine zusätzliche Kindergartenabteilung braucht?
- Entspricht das Raumprogramm eines Klassenzimmers den Bedürfnissen eines Kindergartens?
- Wie stuft der Gemeinderat die Führung einer Kindergartenabteilung im Alten Schulhaus in Bezug auf die Durchmischung von Kindergartenkindern und Unterstufenschüler*innen ein?
- Wie lange wird voraussichtlich eine Kindergartenabteilung im Alten Schulhaus geführt werden?
- Wie lange besteht der Standort der Kindergartenabteilung im Mehrfamilienhaus an der Brummelmattstrasse bereits und ist dieser Standort als provisorische Lösung oder als definitiver Standort gedacht?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Die ersten beiden Fragen müssten von der Schule beantwortet werden. Eine Anfrage bei der Schulpflege wäre von einer Privatperson oder von einem Einwohnerrat möglich. Zur 3. Frage kann ich aus meiner persönlichen Erfahrung sagen, dass dies mit einer guten Vorbereitung und guter Arbeit mit den Schülern sehr gewinnbringend sein kann und überhaupt keinen Nachteil darstellt. Ich habe sogar in Schulen gearbeitet, wo Schüler vom Kindergarten bis zur Oberstufe zusammen waren. Das gab sehr gute Situationen, z. B. haben die Oberstufenschüler den Kindergärtnerinnen Schule gegeben und umgekehrt. Das kann also sehr gewinnbringend genutzt werden. Es braucht jedoch ein Konzept und es muss gut abgesprochen werden. Weil ich nicht weiss, wie lange das so ist - ich habe von einem Jahr gehört - stellt sich die Frage, ob ein pädagogisches Konzept erarbeitet werden soll oder nicht. Aber auch hier muss die Schule die Antwort geben. Auch zur letzten Frage des Standortes. Ich kann das nicht nachvollziehen, das war schon vor der Kreisschule so. Wie lange das bleiben wird, kann ich auch nicht beantworten. Diese Frage müsste der Schule gestellt werden.

Herr Thomas Meier: Vielen Dank für die Ausführungen. Dass grundsätzlich die Kreisschule den Raumbedarf anmelden muss, habe ich soweit verstanden. Die Schule ist aber sicher einmal auf die Gemeinde zugegangen und hat den Bedarf an einem weiteren Kindergarten angemeldet. Wann kam die Schule auf die Gemeinde zu? Und eine weitere Frage, wir haben dank Denise einen Budgetposten für eine neue Gestaltung des Pausenplatzes. Wurde die Planung schon in Angriff genommen und wird hier in Bezug auf den Kindergarten Rücksicht genommen?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Wir sind die Planung des Pausenplatzes Altes Schulhaus angegangen, es werden Gespräche geführt. Danach wird man mit einem konkreten Projekt auf die Initianten zugehen. Angedacht ist es, Abklärungen werden gemacht. Die Situation ist nicht ganz einfach, aber ich glaube, dass wir eine gute Lösung finden werden. Mir ist nicht bekannt, dass die Schule betreffend Raum für den Kindergarten auf die Gemeinde zukam. Das wäre auch der falsche Weg. Es müsste offiziell im Koordinationsgremium behandelt werden. Diese Anfrage ist so aber nicht eingegangen.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Marius Fedeli, SP, betreffend Begleitgruppe Bärenplatz**

Herr Marius Fedeli reicht folgende Anfrage ein:

Im Budget 2021 wurde vom Gemeinderat ein Budgetposten von Fr. 30'000.-- für den Dialogprozess "Bärenplatz" ausgewiesen und vom Einwohnerrat bewilligt. Es soll ein Prozess mit Workshops stattfinden, wobei Akteure eingeladen werden, um eine mehrheitsfähige Lösung zu finden. Dafür sind gemäss den Aussagen von Herrn Gemeindeammann Urs Affolter an der letzten Sitzung physische Treffen und Diskussionen nötig. Als Ziel wurde definiert, bis im Herbst 2021 eine Lösung zu haben und danach entsprechend eine Vorlage zuhanden des Einwohnerrates zu verabschieden. Dazu stellen wir uns folgende Fragen:

- Wie sieht der aktuelle Zeitrahmen für die Tagung und Konstitution der Begleitgruppe aus? Kann dazu bereits eine Aussage gemacht werden und ist ein Resultat des Dialogprozesses auf den Herbst 2021 realistisch?
- Wurde bereits über die Zusammensetzung der Begleitgruppe diskutiert, wie ist diese angedacht?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Vorletzte Woche haben wir mit Frau Zimmerli, die den Dialogprozess begleiten wird, Vorgespräche geführt. Der Vorgehensvorschlag wird im April im Gemeinderat beraten. Danach diskutieren wir, ob und wer für die Konzeptionierung noch kontaktiert werden soll. Der Prozess kann sicher nicht vor den Sommerferien gestartet werden. Wir werden nach den Sommerferien die Corona-Situation beurteilen und die Machbarkeit von Workshops ca. Mitte September prüfen. Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, dass die gesamte Bevölkerung an den Workshops teilnehmen kann. Nach den Sommerferien haben wir somit 6 Wochen Zeit für die Bewertung und Ausschreibung, sodass Mitte September ein erster Workshop stattfinden könnte. Mitte/Ende Oktober wäre dann ein zweiter Workshop geplant, sodass wir das Projekt dieses Jahr verabschieden können. Lässt die Situation die Durchführung nicht zu, kann das Projekt nicht in diesem Jahr abgeschlossen werden. Frau Zimmerli und auch ich haben andere solche Projekte in der Pipeline, aber aktuell können sie derzeit nicht stattfinden.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Werner Schenker, Grüne, betreffend Knoten Oberdorfstrasse, Bachstrasse, Bühlstrasse**

Herr Werner Schenker reicht folgende Anfrage ein:

Am 21. Juni 2018 hat der Einwohnerrat Buchs einen Kredit zur Strassenerneuerung bewilligt: Traktandum 4, Geschäftsnummer: 34, Werkleitungs- und Strassenerneuerung Bachstrasse. Kreditbegehren, (Botschaft des Gemeinderats vom 15. Mai 2018)

Dabei ging es auch um die Neugestaltung des Doppel-Knotens Bühlstrasse, Oberdorfstrasse, Bachstrasse. Mit dem Vorprojekt, das dem Kreditbegehren zu Grunde lag, sollte die Verkehrssicherheit (vor allem für Radfahrer) verbessert werden. Die vorgeschlagene Lösung wurde bereits in der ER-Sitzung intensiv diskutiert, der sogenannte "überfahrbare Minikreisel" wurde stark kritisiert.

Dieses Projekt der Verwaltungsabteilung "Bau Planung Umwelt" wurde erst nachträglich der BFU* zur Bewertung vorgelegt.

Der vorgelegte Bericht der BFU zeigte, dass das vorgelegte Projekt in Fragen der Sicherheit nicht genügen konnte.

Basierend auf dem BFU-Fachbericht musste ein neues Projekt ausgearbeitet werden, das derzeit realisiert wird.

Gerne bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb wurde die BFU nicht von Beginn an als beratende Fachstelle in die Planung einbezogen?
2. Weshalb legte der Gemeinderat dem Einwohnerrat für die Kreditbewilligung ein (Vor-) Projekt vor, das sich nach der Prüfung der Fachstelle als ungenügend erweist?
3. Welche Mehrkosten entstanden der Gemeinde Buchs dadurch, dass durch den nachträglichen Zugang der BFU mehrere Varianten geplant und finanziert werden mussten?
 - Das erste, vom Einwohnerrat bewilligte (Vor-)Projekt von "Bau Planung Umwelt", welches später von der BFU als ungenügend beurteilt wurde.
 - zusätzlich:
Basierend auf dem BFU-Fachbericht haben die Planer mehrere Varianten für eine Neugestaltung erarbeitet. (Zitat Bericht AZ vom 31.3.2020, siehe Anhang)
4. Wie gedenkt der Gemeinderat in Zukunft bei ähnlichen Situationen vorzugehen? In welcher Planungsphase gedenkt der Gemeinderat die BFU als Fachstelle für Verkehrssicherheit bei der Planung beizuziehen?

* Die BFU ist die Beratungsstelle für Unfallverhütung und "hilft Behörden, Ingenieurbüros und Architekturateliers bei Fragen rund um die Sicherheit in der Verkehrstechnik weiter" (Text Homepage BFU).

AZ Bericht vom 31.3.2020

Buchs: Doch kein Mini-Kreisel bei Unfallhotspot

Nadja Rohner

Die Kreuzung Bühlstrosse/Oberdorfstrasse/Bachstrasse in Buchs ist ein Unfallschwerpunkt. Hier, praktisch vor dem derzeit geschlossenen Restaurant Burestube, haben sich in den letzten Jahren einige brenzlige Situationen und Kollisionen abgespielt. Der letzte schlimme Fall: Im Oktober 2018 starb ein Velofahrer (46), als er – vortrittsberechtigt – seitlich in ein abbiegendes Auto prallte. Besonders tragisch: Zu jenem Zeitpunkt war eine Umgestaltung der Kreuzung mit der heute relativ grossen Verkehrsfläche schon beschlossen. Der Einwohnerrat hatte im Juni 2018 einen Verpflichtungskredit von 1,8 Millionen Franken für ein grösseres Projekt beschlossen, das neben dem Knoten auch die Sanierung der Bachstrasse und Werkleitungsarbeiten umfasst.

Als der Unfall geschah, war die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU) gerade daran, den Knoten im Auftrag des Gemeinderats sicherheitstechnisch zu überprüfen. "Tragischerweise bestätigte dieses Ereignis, dass es richtig war, die BFU beigezogen zu haben", sagt Susanna Lehmann Sokac, Leiterin der Buchser Abteilung Bau, Planung und Umwelt.

Basierend auf dem BFU-Fachbericht haben die Planer mehrere Varianten für eine Neugestaltung erarbeitet.

Es zeigte sich: Der im Vorprojekt noch geplante, überfahrbare Mini-Kreisel – auch im Einwohnerrat umstritten – ist nicht optimal und zielführend. "Im vorliegenden Auflageprojekt ist die Kreuzung strassenräumlich nun schmaler gefasst und der gesamte Knotenbereich hebt sich optisch von den zuführenden Strassen ab", erklärt Lehmann. "Um die Anfahrtsgeschwindigkeiten in den Knoten zu drosseln, sind sogenannte Sinusrampen geplant."

Das Baugesuch liegt ab Freitag öffentlich auf. Ob die gesprochenen 1,8 Millionen Franken ausreichen werden, ist noch unklar – das hänge von der Submission ab, sagt Lehmann.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Zur 1. Frage: Wir sprechen von der SIA Leistungsphase 3, Vorprojekt und Bauprojekt. Diese Projekte haben noch nicht die Genauigkeit, dass ein Beizug der BFU sinnvoll wäre. Die Planung wurde durch ein ausgewiesenes Verkehrsingenieurbüro erstellt. Das Projekt wurde dem Einwohnerrat mit dem Kreditantrag vorgestellt. Der Gemeinderat muss verantworten, dass der Kredit für die Projektabwicklung reicht. Der Beizug der BFU war zu diesem Zeitpunkt kein Thema. Danach entschieden wir - namentlich nach dem tödlichen Unfall aber auch aufgrund der kontroversen Diskussion hier im Einwohnerrat - zur Sicherheit noch die BFU beizuziehen. Das Resultat seht ihr nun vor Ort. Ich bin überzeugt, dass die Verkehrssituation nun deutlich besser ist. Zur 2. Frage: Das Vorprojekt war nicht ungenügend. Wenn sich ein Vor- oder Bauprojekt zu einem Ausführungsprojekt entwickelt, gibt es immer noch Optimierungen oder Änderungen. Ich erinnere an die Gysistrasse. Es wurde ein Kredit bewilligt, aber das Projekt wurde wegen anderen Verkehrsprojekten zurückgestellt. Als es danach zur Umsetzung kam, musste das Projekt nochmals grundlegend überarbeitet werden. Im Rahme des Baubewilligungsverfahrens gab es dann Einsprachen, was zu erneuten Anpassungen führte, bis das endgültige Bauprojekt umgesetzt werden konnte. Dort wurde die BFU nicht beigezogen und wir würden das auch heute nicht machen. Der Beizug der BFU muss situativ beurteilt werden. Das Projekt war nicht ungenügend, der Minikreisel wäre in Ordnung gewesen. Er bot aber nicht für alle Verkehrsteilnehmer die optimalste Sicherheit. Zur Frage der Mehrkosten: Man kann hier nicht von Mehrkosten sprechen. Es handelt sich um einen normalen Projektlauf. Bei der Projektabrechnung werdet ihr sehen, dass wir uns im Kostenrahmen bewegen. Es entstehen keine Mehrkosten. Zur letzten Frage: Dies ist projektabhängig und muss situativ beurteilt werden. Nicht bei allen Projekten macht der Beizug der BFU Sinn. Dort wo es uns aber wichtig

erscheint und objektive Gründe für den Beizug sprechen, machen wird das natürlich. Der Beizug erfolgt aber sicher nicht in einer ersten Phase, sondern erst wenn das Projekt zur Ausführung bereit ist. Gegebenfalls kann man dann dort justieren.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Traktandum 8

Verschiedenes

Herr Samuel Hasler: Wie ist der aktuelle Stand des Postulats von Joel Blunier betreffend Arbeit für Sozialhilfe?

Herr Walter Wyler: Das Geschäft steht kurz vor der Ziellinie. An der nächsten Einwohnerratsitzung sollte das Geschäft vorliegen.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich gebe gerne noch folgende Informationen weiter: Das Kehrriechtfahrzeug wurde bei der Contena-Ochsner AG bestellt und wird voraussichtlich in Kalenderwoche 48 geliefert.

Im Projekt BGK Mitteldorf-, Aarauerstrasse haben wir wieder einmal beim Kanton nachgefragt. Der Kanton will das Projekt von Juni bis August aufarbeiten. Im November sollte das Auflageprojekt zur Stellungnahme bei uns vorliegen. Im 2022 wird dann ein Kreditantrag im Einwohnerrat gestellt. Es ist ein wichtiges Projekt für uns. Der Kanton hat Druck, da es sich um ein Aggloprojekt handelt. Wir sind also dran.

In den letzten Wochen wurde ich mehrfach von ungehaltenen Einwohnerinnen und Einwohnern auf das Signalisationsprojekt "Durchfahrtsbeschränkung" angesprochen. Durch die Baustelle am Knoten Oberdorfstrasse gab es natürlich Verkehrsumleitungen, welche zu Mehrverkehr im Quartier führten. Seit heute Morgen ist der Knoten wieder offen und somit sollte die Verkehrsbelastung in den Quartieren wieder abnehmen. In einigen Monaten wird der Feinbelag angebracht, das führt nochmals an 1 - 2 Tagen zu Umleitungen. Das Projekt zur Erhöhung des Durchfahrtswiderstands mit Zubringerdienst lag auf und wurde im Januar rechtskräftig. Es gab Einwendungen, welche abgelehnt wurden. Die Signale wurden bestellt, die Lieferfrist beträgt 6 - 8 Wochen. Die Signalisation wird noch vor den Sommerferien angebracht. Danach sollten die Anwohner eine deutliche Verbesserung der Situation spüren.

In der Aargauer Zeitung konnte gelesen werden, dass Aarau Regio das Projekt "Tragfluthalle" an die Gemeinde Suhr übergeben hat. Ich bin von Aarau Regio in die Projektorganisation delegiert. Mitte April findet eine erste Sitzung statt. Es wurde entschieden, dass die nächsten Schritte gemacht werden. Die Gemeindeversammlungen von Küttigen und Biberstein müssen die entsprechenden Kredite noch beschliessen. Danach entscheidet sich, ob das Projekt finanzierbar ist oder nicht. Suhr wird sicher nicht anfangen, wenn das Projekt nicht finanziert ist. Sowohl in Buchs wie auch in Suhr ist der Kredit fix, d. h. "gedeckt".

Gerne zeige ich euch noch ein paar Impressionen der Baustelle des Schulhausbaus Risiacher von heute Morgen. Der Bau schreitet voran. Wir sind ca. 20 Tage im Rückstand, einerseits wegen Corona, andererseits da die Baustelle im Winter kurzzeitig eingestellt werden musste.

Frau Christine Knüsel: In der Presse konnte viel gelesen werden zur KEBA. Was kommt hier noch auf Buchs zu?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die AG wäre massiv in Schieflage geraten, wenn Aarau, Suhr und Buchs keine Zahlungskredite gesprochen hätten. So konnte die laufende Rechnung ausgeglichen werden. Soweit die kurzfristige Situation. Die FGPK wurde an ihrer letzten Sitzung diesbezüglich von Patrick Bleuer ordnungsgemäss informiert. Wie es weitergeht, kann ich noch nicht sagen. Der Verwaltungsrat diskutiert Varianten mit Schülerpässen und sucht Lösungen. Ich möchte dies aber nicht weiter ausführen, da die Situation nicht spruchreif ist. Es ist eine schwierige Situation. Mit der neuen Führung sind Personen

in den Verwaltungsrat eingetreten, denen wir zutrauen, mittelfristig einen selbsttragenden Betrieb zu realisieren. Mit dieser Anlage könnten auch im Sommer Einnahmen generiert werden, welche das Defizit schmälern würden. Mehr kann ich aktuell nicht sagen.

Herr Reto Fischer: Wie ist die allgemeine Haltung des Gemeinderats gegenüber der KEBA? Gehen wir davon aus, dass die KEBA professionalisiert wird und auf die richtige Bahn gebracht werden sollte, kann man davon ausgehen, dass Buchs zu einem späteren Zeitpunkt betreffend Schülerabos wieder eingebunden wird. Dies dürfte einen zusätzlichen Kostenpunkt darstellen. Und es dürften Mehrkosten entstehen, wenn es professionalisiert wird. Deshalb meine Anschlussfrage zu Christines Frage, wie ist die allgemeine Haltung des Gemeinderats? Will man das unterstützen und die KEBA pushen oder hat der Gemeinderat eher eine zurückhaltende Meinung?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich kann wirklich nicht mehr sagen, da der Verwaltungsrat an der Eileitung von geeigneten Massnahmen ist. Grundsätzlich unterstützen wir das, aber wir pushen nicht einfach. Es gibt rechtliche Möglichkeiten, welche von den Anwohnern wahrgenommen wurden. Man muss mit den Anwohnern einen Weg für eine beschränkte Sommernutzung suchen. Wir pushen nicht, aber wir unterstützen alles, was die Ertragslage der KEBA verbessert und langfristig sichert. Zum anderen kann ich nichts sagen, da der Vorschlag nicht vorliegt. Wir hatten an diesem ausserordentlichen Betrag schon ziemlich "zu beissen", aber wenn wir in der Geschichte zurückblicken, hat sich die Gemeinde Buchs immer an der KEBA beteiligt. Es handelt sich um ein regionales Engagement, welches die Gemeinde geleistet hat und auch weiterhin leisten will.

Informationen von Herrn Präsident Markus Notter:

Verabschiedungen

SVP	Wolfgang Schibler	Mitglied vom 01.01.2018 bis 03.02.2021 Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission vom 18.06.2019 bis 03.02.2021 Stimmzähler des Einwohnerrats vom 01.01.2020 bis 03.02.2021	2 Jahre 1 ½ Jahre 1 Jahr
-----	-------------------	---	------------------------------------

Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 22. Juni 2021 statt.

Schlusswort

Ich wünsche euch allen schöne Ostertage, gute Gesundheit. Geniesst den Anflug des Sommers.

Dank

Der Präsident dankt allen die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 30. März 2021

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Markus Notter

Nicole Keusch